

Aus Bund und Ländern

## Konzertierte Aktion: Herbstsitzung mit DDR-Ländern

BONN. Die nach § 86 Abs. 1; 141 SGBV vorgesehene Herbstsitzung des Plenums der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen ist für den 5. November 1990 nach Bonn-Tannenbusch (Gustav-Heinemann-Haus) einberufen worden. Ein Tagesordnungspunkt ist (auf Vorschlag der Ärzteschaft) die Beratung des jüngsten (vierten) Jahresgutachtens des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion, das Ende Februar 1990 vorgelegt wurde.

Darüber hinaus steht im Vordergrund die DDR-Problematik im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag, der Sozialunion und der Angleichung der beiden Gesundheitssysteme. Es wird erwartet, daß getrennte Empfehlungen für die Gebiete der Bundesrepublik und der bisherigen DDR abgegeben werden. Empfehlungen für beide Gebiete werden möglich sein, da die gebildeten fünf neuen Länder auf dem Gebiet der jetzigen DDR durch Länderbeauftragte vertreten sein sollen. EB

## Angestelltenkassen: Ein landespolitisches Signal

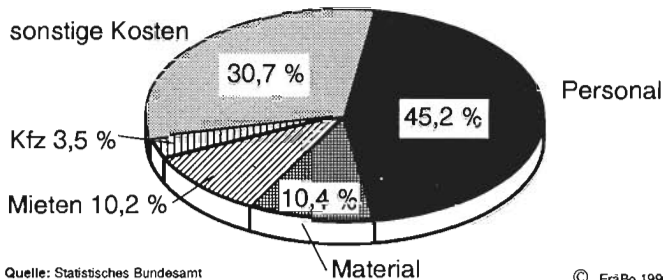
DÜSSELDORF. Eine Landesvertretung Nordrhein-Westfalen haben der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) und der Verband der Arbeiter-Ersatzkassen (AEV), beide Siegburg, in Düsseldorf eröffnet. Sie soll bei gesundheitspolitischen Maßnahmen und Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen mitwirken, örtliche Aktivitäten unterstützen und Kontakte zur Landesregierung pflegen.

Wie der Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-

## Jede zweite Umsatz-Mark entfällt auf Betriebsausgaben

### Kostenstruktur in den Arztpraxen

Kostenbelastung 1987: 54 % der Gesamteinnahmen der Praxisinhaber



Die vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 1987 ermittelten Kosten der Praxen niedergelassenen Ärzte zeigen, daß die Personalkosten mit rund 45 Prozent aller Aufwendungen bei weitem dominieren. Im Block „sonstige Kosten“ sind so unterschiedliche Posten wie Zinsen, Fortbildung, Kongresse, Abschreibungen usw. zusammengefaßt. Der Praxisinhaber wird im Durchschnitt mit 207 000 DM belastet, das sind 54 Prozent der Einnahmen aus selbständiger ärztlicher Tätigkeit. Die vom Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI), Köln, ermittelten Praxiskosten für den Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1987 belaufen sich sogar auf 55,4 Prozent.

Krankenkassen, Karl Kaula, betonte, wollen die Ersatzkassen ein landespolitisches Signal setzen. Die Vertretung in Düsseldorf – Vertretungen in allen Bundesländern und Berlin werden folgen – sei jedoch kein Landesverband. Kaula: „Die Ersatzkassen lehnen eine Regionalisierung ihrer Kassenart ab und verteidigen die bundesweite Organisationsstruktur.“

Mit ihren bundesweit einheitlichen Beitragssätzen gleichen sie bestehende regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft ohne aufwendige Ausgleichsverfahren aus. Von dieser bundesweit praktizierten Solidarität würde insbesondere auch Nordrhein-Westfalen profitieren; Arbeitgeber und Versicherte in den wirtschaftlichen Problemregionen dieses Bundeslandes würden dadurch spürbar entlastet, erklärte der VdAK-Vorsitzende. Regionalisierte Beitragssätze dagegen würden eine länderübergreifende Solidarität nicht mehr möglich machen.

Das Düsseldorfer Büro wird von Wolfgang Mudra geleitet. EB

## Aktuelle Daten aus Bayerns Gesundheitswesen

MÜNCHEN. Die neueste Ausgabe der vom Innenministerium und dem Arbeitsministerium des Freistaates Bayern gemeinsam herausgegebenen „Berichte über das Bayerische Gesundheitswesen“ (Band 96) gibt erstmals auch über die inneren Strukturen der Gesundheitsberufe Auskunft, so etwa über die Gliederung der ärztlichen Dienste an den bayerischen Krankenhäusern – ein Sachgebiet, das in den früheren Ausgaben nur unzureichend berücksichtigt wurde. Die Sachgebiete Krankenanstalten einschließlich ihrer Klassifizierung, Bettenangebot, Krankenhaushäufigkeit und Verweildauer werden entsprechend dem Sachstand von 1988 fortgeschrieben. Bezugsadresse für den neuen Band der „Berichte über das Bayerische Gesundheitswesen“ ist das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenerfassung, 8000 München 2, Neuhauser Straße 51. KG

## Eugenische Indikation: „Frist verkürzen“

BONN. Der Vorschlag von Dr. Rita Süßmuth (CDU), den Schutz des ungeborenen Lebens und damit verbunden den Schwangerschaftsabbruch neu zu regeln, hat – wie berichtet – erbitterte Diskussionen ausgelöst. Weitgehend unbeachtet ist bisher geblieben, daß Rita Süßmuth unter anderem auch angeregt hatte, im Fall der medizinischen und eugenischen Indikation die Frist von bisher 22 auf zwölf Wochen zu verkürzen. Ein 22wöchiger Zeitraum sei heute medizinisch nicht mehr notwendig.

Zustimmung hat die CDU-Politikerin mit diesem Detailvorschlag unter anderem von Prof. Dr. K. Hinrichsen, Abteilung für Anatomie und Embryologie der Ruhr-Universität Bochum, erhalten. Hinrichsen schlägt sogar vor, eine Verkürzung der Abtreibungsfrist auch im Fall einer Notlage in Erwägung zu ziehen. Die achte Woche nach der Befruchtung sei der letzte Zeitpunkt, an dem man aus Gründen der bis dahin erreichten Entwicklung des werdenden Kindes überhaupt noch eine Abtreibung in Betracht ziehen könne. Dank der vorhandenen Möglichkeiten seien Frühdiagnosen heute möglich. th

## 100 Jahre Schwesternberuf

BONN. Als erstes Land in der Welt erkannte Südafrika 1891 den Beruf der Krankenschwester staatlich an. Nächstes Jahr soll das 100. Jubiläum dieses Ereignisses gefeiert werden: Die „South African Nursing Association“ veranstaltet am 19. und 20. September 1991 eine Konferenz in Bloemfontein, Südafrika. Auskunft über Einzelheiten dieses Treffens erteilt die Südafrikanische Botschaft, Auf der Hostert 3, 5300 Bonn 2, Telefon: 02 28/8 20 10. EB